

Harald H. Zimmermann

**Die Universität des Saarlandes - eine "saarländische"
Universität**

Saarbrücker Zeitung, 28.6.1996. Version: 2.; Datum: 1996-6-20 ; DOK: D39UZUN2

Im Stadtwald Saarbrückens liegt er, der "Campus" der Universität des Saarlandes (ausgenommen die Medizinische Fakultät in Homburg). Wenn es keine Verkehrshinweisschilder gäbe, würde mancher Saarländer vielleicht nicht einmal die ungefähre Lage kennen. Einen festen Platz im Herzen der Saarländer hat die Universität kaum. Wie ich zu zeigen versuche, ganz zu Unrecht.

Insbesondere wenn es ums Sparen geht, greift man sich einen vermeintlich überproportionierten Bereich heraus. Da diese Grundhaltung bezüglich der Universität schon seit Jahren der Fall ist, kann sie inzwischen kaum mehr noch Luft holen. Vielleicht wird der überlieferte Ausspruch des Besitzers einer saarländischen Bergmannskuh hier bald Wirklichkeit: "Jetzt hann ich die Geiss endlich so weit gehadd, daß se nix meh fressst, unn jetzt isse mer gefreggt. " So weit wird es hoffentlich nicht kommen. Denn das Saarland braucht und nutzt seine Universität in erster Linie für die qualifizierte Ausbildung seiner eigenen Kinder und Enkelkinder. Diese Tatsache geht vielleicht in den (zugegebenermaßen auch wichtigen) "Erfolgsmeldungen" unter (etwa jüngst der Einweihung des Neubaus des Max-Planck-Instituts für Informatik).

Ehe die Bedeutung der Universität für das Land mit einigen Zahlen untermauert wird, zunächst einige Grundannahmen:

- (1) Der Bund (d.h. die Bundesregierung und die anderen Bundesländer) und das Land (hier das Saarland) stehen in einem Regelkreisverhältnis, was die (universitäre) Dienstleistung "wissenschaftliche Ausbildung" betrifft.

Im Idealfall ist dieses Verhältnis - gerechnet über die Studierenden, die ihren Abschluss zur Zulassung an einer Hochschule in einem bestimmten Bundesland gemacht haben - ausgewogen, d.h. es werden in einem spezifischen Bundesland ebenso viele Studierende ausgebildet, wie es Studierende dieses Landes irgendwo an einer deutschen Universität gibt, die ihre Zulassung zur Hochschulreife (durch Abitur ...) in dem betreffenden Land erworben haben. Wenn dies nicht der Fall ist und dabei mehr als relativ "erforderlich" ausgebildet werden, spricht man von "Importüberschuss", wenn weniger ausgebildet werden, von "Exportüberschuss".

- (2) Es ist ein natürliches Ziel, dass möglichst vielen Studierenden (auch aus Kostengründen) die Möglichkeit geboten wird, in Heimatnähe zu studieren (wenigstens für den Großteil des Studienverlaufs).

Wenn dies nicht der Fall ist, sollte ein Studium möglichst nahe zum Heimatland möglich sein.

- (3) Man kann die Aufwendungen für einen Studienplatz nicht universitätsweit pauschalieren, sondern muss nach den fachspezifischen Anforderungen differenzieren. Aufwendungen für einen Studienplatz in der Medizin und den naturwissenschaftlichen Fächern sind z.T. notwendig erheblich höher als in den Geistes-, Sozial- oder Rechts- und Wirtschaftswissenschaften.

Dies bedeutet im übrigen generell, dass Studiengebühren - sollten sie denn überhaupt eingeführt werden, was ich für wenig sinnvoll halte - nicht pauschaliert, sondern fachbezogen differenziert werden müssten.

- (4) Man kann für die Beurteilung der "Nützlichkeit" von Fächern keine allgemein akzeptierten Regeln aufstellen. Dazu sind die Ziele zu verschieden, auch die gesellschaftlichen Bedürfnisse werden unterschiedlich befriedigt.

Daher kann nur die Universität selbst (bzw. können Universitäten untereinander) in "innerer" Abstimmung bei einem vorgegebenen Rahmen an verfügbaren Mitteln Prioritäten setzen, sie darf insbesondere niemals in Abhängigkeit von der Tagespolitik und dem kurzfristigen Tagesgeschehen geraten.

- (5) Es gibt - zumindest heute - keine technische oder organisatorische Möglichkeit, innerhalb Jahresfrist oder weniger Jahre tiefgehende personelle oder sachliche Einschnitte in der Struktur einer Universität zu machen:

Man kann Studierende nicht einfach entlassen, die ihr Studium rechtsverbindlich begonnen haben, daher sind "betriebsbedingte Kündigungen" oder Modelle, wie man sie aus dem Montanbereich kennt, einfach nicht praktikierbar.

Dies bedeutet nicht, dass man zu all den gegenwärtigen Problemen den Kopf in den Sand stecken kann. Doch ehe Überlegungen angestellt werden, wie es mit und an der Universität weitergehen kann - einmal ganz abgesehen von der aktuellen Notwendigkeit des Sparens -, muss man die Fakten kennen und bewerten.

Die Universität des Saarlandes hat derzeit rd. 20.000 Studierende (WS 1995/96), die sich wie folgt verteilen (Ausländer nur in Gesamtzahl eingerechnet):

Legende:

ReWiFak	Rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Medizin	Medizinische Fakultät (in Homburg)
PhilFak	Philosophische Fakultät (in Saarbrücken umfasst sie Geistes- und Sozialwissenschaftliche Fächer)
MathNat	Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät
Technik	Technische Fakultät (inkl. Informatik)
and. Bu	andere Bundesländer
% Saarl	prozentualer Anteil Saarländer(innen) mit Erwerb der Hochschulzulassung im Saarland

Fakultät	Stud.ges.	weibl. Saarl.	And.Bu.	% Saarl
ReWiFak	5.855	36 % 2.861	2.495	53 %
Medizin	2.096	49 % 788	1.056	43 %
PhilFak	7.493	60 % 4.670	1.924	71 %
MathNat	2.383	38 % 1.943	320	86 %
Technik	1.985	8 % 1.530	209	88 %
Zus.	20.026	11.792	6.004	66%

Die jährlichen Kosten (in DM, Personal- und Sachkosten, ohne Verwaltung) teilen sich wie folgt auf (Stand 1995):

Fakultät	Kosten	Studierende	Kosten/Stud.
ReWiFak	25.232.598	5.855	4.310
Medizin	41.963.860	2.096	20.021
PhilFak	48.660.018	7.493	6.494
MathNat	35.846.613	2.383	15.043
Technik	17.250.311	1.985	8.690
Zus.	168.953.400	20.026	10.912 (Durchschn.)

Uni ges. 240.000.000 (gerundet; inkl. Verwaltung ...)

Man kann unschwer erkennen, dass eine Studierende(r) der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften jährlich deutlich am wenigsten kostet, dass die Philosophische Fakultät hierbei noch recht günstig liegt, während die Mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät und vor allem die Medizinische Fakultät (im Verhältnis zu den anderen) erhebliche höhere Kosten je Studierenden und Jahr verursachen.

An dieser Stelle ist es angebracht, die o.a. Export/Import-Rechnung einzubeziehen. Zur Erinnerung: Nicht alle Studierenden, die im Saarland die Hochschulreife erworben haben, studieren auch in Saarbrücken oder Homburg. Umgekehrt gibt es im Saarland deutsche Studierende, die in anderen Bundesländern die Hochschulreife erworben haben. Dieses Kriterium ist zugegebenermaßen etwas unscharf, doch gibt es derzeit kein besseres. Zudem muss man für 1995 extrapolieren, da die verfügbaren bundesweiten Zahlen etwas älter sind (1992). Für den vorliegenden Zweck kommt es jedoch nicht auf die absolute Genauigkeit an, sondern auf die ungefähre Größenordnung.

1992 betrug der Importüberschuss im Saarland (nur Universität) laut Statistik 1.865 Studierende (= 10,8 %), d.h. es studierten mehr Deutsche an der Universität des Saarlandes (ausländische Studierende bleiben bei diesem Vergleich generell außer Betracht), als Saarländer insgesamt (inkl. Universität des Saarlandes) an deutschen Universitäten studieren.

Macht man sich die Mühe (entsprechend zuordnungsfähige Zahlen waren nicht eindeutig verfügbar), dies auf die Fakultäten umzurechnen (oder hochzurechnen), so wird deutlich, was zu vermuten war: Während PhilFak, MathNat und Technische Fakultät etwa bzgl. Import/Export eher ausgeglichen sein dürften (und dies bei bereits sehr hohen Saarländer-Anteilen, s.o.), trägt die ReWiFak die Hauptlast (wohl bestimmt durch das bislang betriebene bundesweite Zuteilungsverfahren) von rd. 1.700 "Importstudierenden" (d.h. die Saarländer, die in anderen Bundesländern studieren, schon mit eingerechnet, d.h. abgezogen); auch die Medizin dürfte noch einen kleinen "Import-Überschuss" haben (vielleicht 200 - 400, wobei dort der Vergleich komplizierter ist, weil die Zahnmedizin bundesweit "anders" rubriziert wird).

Wenn man etwas vereinfacht argumentiert, "kostet" der Importüberschuss das Land jährlich rd. 10.000.000 DM - 15.000.000 DM, d.h. rd. 6 - 9 x % des derzeitigen "Ausbildungshaushalts". Wie es scheint, gibt es dazu keine Regelung über Ausgleichsmittel im Bund-Länder-Bereich. Wenn es nach dem Verursacherprinzip ginge, wäre an dieser Stelle zumindest einmal "landesübergreifend" nachzuhaken.

Wenn man die "Importanteile" aus den Statistiken herausrechnet, wird die Bedeutung der Universität für die Ausbildung der eigenen Landeskinder noch deutlicher: Die Universität des Saarlandes bietet für den weitaus größten Teil den Saarländern unmittelbar einen Studienplatz:

ReWiFak	2.861 = rd. 80 % der an einer Uni stud. Saarländer *)
Medizin	788 = rd. 70 % der an einer Uni stud. Saarländer *)
PhilFak	4.670 = rd. 71 % der an einer Uni stud. Saarländer **)
MathNat	1.943 = rd. 86 % der an einer Uni stud. Saarländer **)
Technik	1.530 = rd. 88 % der an einer Uni stud. Saarländer **)

Zus. 11.792

*) bereinigt um Export / Import

***) angenommen: Export/Import ist ausgeglichen

Es ist daher nicht vorstellbar, dass jetzt oder in Zukunft Rationalisierungsmaßnahmen getroffen werden, die studienplatzvernichtend sind, weil davon in allererster und hauptsächlichster Hinsicht die saarländischen Studierenden bzw. Studierwilligen betroffen wären, mindestens in der Form, einen (u.U. für den Einzelnen weitaus teureren) Studienplatz in einem anderen Bundesland wählen zu müssen. Man kann zudem durchaus die Auffassung vertreten, dass es der Verfassung und dem Länderprinzip zuwiderläuft, wenn ein Land nicht sicherstellt, dass seine Studierwilligen eine größtmögliche Chance zur Ausbildung "vor Ort" haben, übrigens unabhängig davon, ob sie später im entsprechenden Land auch eine Anstellung finden oder nicht.

Andererseits darf man sich guten Argumenten nicht verschließen. Das Saarland ist ohne die Hilfe des Bundes und die Ausgleichszahlungen der Bundesländer derzeit wirtschaftlich nicht überlebensfähig. Ein beliebtes Argument ist dabei, als Konsequenz die Auflösung dieses Bundeslandes zu fordern. Man kann jedoch an den o.a. Daten gerade ablesen, dass damit das Problem einer ausreichenden regional verfügbaren Ausbildungskapazität nicht gelöst ist, man kann sich vielmehr unschwer vorstellen, dass in Rheinland-Pfalz ähnliche Probleme bestehen, wie wir sie im Saarland vorfinden.

Es sollte und muss daher ein anderer Ausweg gefunden werden. Mein Vorschlag geht in folgende Richtung: Bei Wahrung der jeweiligen Landes-Souveränität sollte es eigentlich mit etwas gutem Willen möglich sein, die regionalen mittel- und langfristigen Planungen zur Hochschulentwicklung in - freiwilliger - engstmöglicher Koordination und Kooperation zwischen Rheinland-Pfalz und dem Saarland, aber auch zwischen den Hochschulen selbst, gemeinsam zu gestalten und umzusetzen. In der Stahlindustrie haben wir ja ein gutes Beispiel vor Ort (Dillinger Hütte und Saarstahl), ohne das im Saarland wahrhaft die Lichter ausgegangen wären.

Natürlich gibt es schon eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern und den Hochschulen. Diese müsste jedoch in eine verbindliche, langfristig verlässliche Form gegossen werden, etwa durch einen bilateralen Länder-Staatsvertrag. Ziel könnte sein, die vorhandenen Kapazitäten und Fächer- sowie Studienordnungen zunächst einmal zu sichten, auf "regionalverträgliche" Restrukturierungen hin abzuklopfen und schließlich (sicherlich erst mittelfristig wirksame) "Als-Ob-Lösungen" zu gestalten, d.h. Lösungen der Form, "als ob" es sich um Strukturierungen in einem Bundesland handelt.

Ich sehe in einer solchen Zusammenarbeit absolut keinen "ersten Schritt" in Richtung auf ein gemeinsames "Bundesland", sondern darin eine ganz normale Aufgabe zur Zusammenarbeit zweier "souveräner" Nachbarländer.

Bislang wurde vermieden, über einzelne Fächer zu sprechen. Wie oben schon angedeutet, halte ich diese Diskussion für eine "innere Angelegenheit" der Universität. Allerdings kann generell folgendes festgehalten werden:

- (1) Niemand zweifelt heute mehr (insbesondere angesichts der Entwicklung unserer Gesellschaft in Richtung auf eine Informationsgesellschaft) an der Bedeutung der kulturorientierten Fächer. Die Zielvorstellungen werden sich dabei verstärkt auf Brückenschläge zwischen den Geistes- und Sozialwissenschaften einerseits und den Technik- und Wirtschaftswissenschaften andererseits ausrichten.

Auf Staat und Gesellschaft hätte eine einseitige Ausrichtung der wissenschaftlichen Ausbildung negative Auswirkungen.

- (2) Eine einzelne Universität "braucht" verschiedenste Fakultäten, Fachbereiche und Fächer, gerade um ihre "innere Souveränität" (Binnenpluralität) bewahren und daraus bei ihren Entscheidungen schöpfen zu können (dies gilt auch dann noch, wenn verstärkt kooperiert wird). Angesichts der vielfältigen, zunehmenden, fakultätsübergreifenden (manche würden auch sagen: ganzheitlichen) Problemstellungen (auch zum Nutzen der Auszubildenden) ist es undenkbar, dass ernsthaft auch nur das Ansinnen gestellt werden kann, eine der Fakultäten zu schliessen.
- (3) Wenn die Universität nicht zu einer diffusen Massenabfertigungsanstalt werden soll, braucht sie auch kleinere Fächer, die vielleicht nicht ganz so effizient verwaltet und gestaltet werden können wie Massenfächer, aber eben den Horizont erweitern bzw. den Blick über den Tellerrand erhalten helfen. Wir können nicht auf der einen Seite die zunehmende Spezialisierung beklagen und andererseits Fächer, die dazu da sind, den Finger auf die Wunden zu legen, abschaffen wollen.

Modern gesprochen, könnte man einige der kleinen Fächer auch als eine Art "Firewall" gegen unüberlegten Modernismus "nutzen". Eine Universität braucht beides: Innovation und Tradition.

- (4) Das Beispiel der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät lässt darauf schließen, dass es effiziente Strukturen gibt, die dazu beitragen, die Kosten je Studierenden geringer zu halten. Hieran könnte sich v.a. die Philosophische Fakultät ein gewisses Beispiel nehmen. Die Bündelung derzeit vereinzelter Fächer (v.a. im sog. kombinationsfachbezogenen Magisterstudiengang, die lehramtsorientierten stehen hier in Abhängigkeit von der Schulfächergliederung) in Richtung auf stärker berufsbezogene Diplomstudiengänge (die intern - wie ja auch in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften - durchaus weiter auf-fächerbar bleiben) könnte durchaus rationalisierungswirksam sein.

Manchem Saarländer, vor allem demjenigen, der persönlich von Arbeitslosigkeit betroffen ist, mag die Universität wie ein Klotz erschienen sein. Die starke Nachfrage saarländischer Abiturienten nach einem Studienplatz "vor Ort" zeigt aber, wie wichtig wir alle diese Aufgabe zu nehmen haben.

Vielleicht hat dieser kleine Streifzug dazu beigetragen, dass man die Universität gerade aus saarländischer Sicht in einem besseren - positiveren - Licht sieht. Sie braucht derzeit die aktive Unterstützung aller, denen an der qualifizierten Ausbildung ihrer Kinder und Enkelkinder gelegen ist.